

Die Arbeiter.

„Immer strebe zum Ganzen! Und kaltest Du selber kein Ganzes,
Werden, als dienendes Glied schliesst an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 282. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redaktion: A. Jahn, Berlin N., Engelstraß 15 II.

Nr. 47.

Berlin, den 22. November 1901.

28. Jahrg.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Ahlen (Westf. Stanz- und Emaillewerk A. G. vorm. J. H. Kerkmann), Berlin (Manil, Bergmannstr. 110), Stadtlengsfeld (Firma Schweizer), Tillowitz (gräflich Frankenberg'sche Fabrik), Triptis, Keden-dorf in Westfalen (Firma Grefel u. Co.), Begeßad.

Der Vorstand.

Arbeiterausschüsse in den Fabriken.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß als ein besonders bewährtes soziales Heilmittel von den bürgerlichen „Arbeiterfreunden“, die so die sozialpolitische Weisheit bekannlich in Erbpacht genommen haben, unter Andern auch die Arbeiterausschüsse angepriesen wurden. Als Aeltestenkollegiums wurden sie zuerst von jenen Unternehmern befürwortet, die den Arbeitern auch die Spartheorie immer möglichst einbringlich zu provozieren versuchten, und die im eigenen wohlverstandenen Interesse, ungeachtet der rücksichtslosesten Ausbeutung ihrer Arbeiter, doch stets das Wort von der „Versöhnung der Klassengegensätze“ im Munde führten. Sie waren als ein zwischen Unternehmer und Arbeiter vermittelndes Organ gedacht, sollten zwischen beiden den Kontakt herstellen.

Seit den kaiserlichen Erlassen vom 4. Januar 1890, die Arbeiterausschüsse für die Pflege des Friedens zwischen Unternehmern und Arbeitern besonders ins Auge faßte, ist von ihnen viel die Rede gewesen. In der Gewerbeordnung von 1891 wurde denn auch eine Mitwirkung solcher Arbeiterausschüsse, die nach § 134 h der Gewerbeordnung ins Leben treten sollten, vorgesehen bei Abfassung der Arbeitsordnung, und zwar (nach § 134 d) in dem Sinne, daß sie als Vertreter der Arbeiter vor Gericht derselben gehört werden sollen. Weiter wurde vorgesehen (§ 134 b), daß mit Zustimmung des Arbeiterausschusses in die Arbeitsordnungen Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Nutzen getroffenen mit der Fabrik verbundenen Einrichtungen, sowie Vorschriften über das Verhalten der minderjährigen Arbeiter außerhalb des Betriebes aufgenommen

werden können. Das Centrum brachte damals sogar den Antrag ein, die Arbeitgeber für Bildung solcher selbstgewählter Ausschüsse zu verpflichten, und in dem „politisch-sozialen A. B. C. Buch“ dieser Partei wird ja noch heute der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag der Vorwurf gemacht, daß sie in der Kommissionsberathung die obligatorischen Arbeiterausschüsse zu Falle gebracht haben.

Der sozialpolitischen Scheintheiligkeit der Centrumpartei entsprechen eben solche Arbeiterausschüsse vorzüglich. Daß sie aber im gegenwärtigen Wirtschaftsleben für die Arbeiterschaft ganz bedeutungslos sind, lehrt die praktische Erfahrung mit denselben in den letzten 10 Jahren. Allerdings, an Zahl sind sie in der Zeit ganz bedeutend gewachsen — im Jahre 1890, als der Verein für Sozialpolitik eine Enquete darüber veranstaltete, wie weit die Einrichtung sich ungefähr vorbereitet hätte, konnten etwa 40 Ausschüsse nachgewiesen werden — nicht aber von Bedeutung. Die Beispiele, wo, wie in der Fabrik von Heinrich Freese in Berlin, der Arbeiterausschuss zu einer Vertretung der Arbeiterschaft im wahrsten Sinne des Wortes herausgebildet worden sind, wo ihnen sogar eine weitgehende Einflussnahme auf das Arbeitsverhältnis eingeräumt ist, sind jedenfalls äußerst selten. Der neueste Gewerbeinspektionsbericht für Berlin-Charlottenburg zeigt nur einen kleinen Anlauf einer ähnlichen Einrichtung: In der Zerpapierfabrik von Max Krause in Berlin ist ein Arbeiterausschuss gebildet worden, „ein weitgehende Befugnisse eingeräumt sind“. Nach § 5 seiner Satzung soll er die Interessen der Angestellten in allen inneren Geschäftsangelegenheiten wahrer, er soll die ihm von der Firma übermittelten oder von den Mitgliedern bezüglich ihres Verhaltens zur Firma angeregten Angelegenheiten berathen und begutachten, auf Treue und Pünktlichkeit derselben und auf Ehrlichkeit, Ordnung und geistiges Betragen achten und Verurtheilungen vorgeben, für die gewissenhafte Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften, sowie alle das Interesse, die Gesundheit und Sicherheit der Angestellten berührenden Anordnungen Sorge tragen und eventuell Verbesserungen vorschlagen. Hat er die Pünktlich- und Sauberheitsvorschriften und ähnliche Einrichtungen zu verwirklichen. Die Geschäftsordnung „geht den

Arbeitern den nöthigen Einfluss auf den Ausschuss. Auch die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin hat solche als Wohlfahrts- und Sicherheitsausschüsse bezeichnete Arbeitervertretungen ins Leben gerufen, deren Thätigkeit sich zunächst auf den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren beschränkt. Sie haben regelmäßige Revisionen der Betriebe vorzunehmen und sind in allen Fällen vor Gefahr befugt und verpflichtet, sofortige Schutzmaßnahmen anzuordnen. So dürfen sie z. B. gefährliche Maschinen und Apparate ohne Weiteres außer Betrieb setzen; bei der Untersuchung der Unfälle haben sie mitzuwirken. „Die strenge sachliche und ersprießliche Arbeit der Ausschüsse hat die Direktion wie die Arbeiter in gleichem Maße befriedigt.“ heißt es in dem Bericht, doch sind solche Randgebungen nur mit Vorsicht aufzunehmen.

Solche Einrichtungen müssen sich erst auf die Dauer bewähren. Nicht das schöne Statut macht es, das den Ausschüssen in Betrieben, wo Konfliktstoffe nicht einwirken, eine halbe Theile, Unternehmer und Arbeiter befriedigende Thätigkeit ermöglicht. Erst in wirklich kritischen Zeiten, wo es sich um Stellungnahme zu einer von beiden Theilen kollidirenden Interessenfrage handelt, haben sie ihre Vortuglichkeit zu erweisen; namentlich dann, wenn sie, wie es eigentlich selbstverständlich ist, als Vertreter der Arbeiter ihr Votum gegen den Unternehmer in die Wagschale werfen und wenn sie dann nicht versagen, dann haben sie ihre Existenzberechtigung erwiesen. Erfahrungsgemäß happensie aber, trotz des besten Willens namentlich von Seiten der Arbeiterschaft und trotz des besten Statuts, schon über dem ersten Konflikt. Hierfür ein Beispiel. So berichtete der Magdeburger Beamte in seinem vorjährigen Berichte über die vorzügliche Einrichtung und Wirksamkeit eines Arbeiterausschusses in den Pantherrafabrikwerken zu Magdeburg, über den damals die Fabrikleitung des genannten Werkes des Lobes voll war. Er schrieb darüber an den Gewerbeinspektor: „Diese Leute haben mit Besonnenheit und in Würdigung der allgemeinen Verhältnisse stets das Richtige gefunden und auch nicht geögert, ihren Kollegen bei Veranlassung Klagen zu ertheilen.“ Ganz anders in diesem Jahresbericht. Hier stellt derselbe Beamte fest, daß dieser Arbeiteraus-

schon selber ein schnelles Ende gefunden habe. „Nachdem es wegen Entlassung von Arbeitern zu Differenzen gekommen war, die im Verein mit Sozialfragen zu einem Auslande geführt haben, hat die Werksleitung den Ausschuss aufgehoben, der nach ihrer Angabe in fast allen Fällen über das ihm gestellte Ziel hinausgegangen war und sich stets ausschließlich auf die Seite der Arbeiter gestellt, deren Interessen einseitig vertreten hatte.“ Auf einmal sind die Arbeiter einseitig zu Gunsten der von ihnen vertretenen Arbeitsgenossen, die früher nach dem Urtheil derselben Firma, mit Besonnenheit das Nützliche fanden und sogar vor Mängeln ihrer Kollegen nicht zurückschreckten. Man verschone uns deshalb mit solchen unpraktischen Schilderungen über die Vorzüge solcher Ausschüsse, praktisch genommen verdienen sie sich dieses Lob doch nur zum Schaden der Arbeiterschaft, deren Interessen dann meist nur mangelhaft vertreten wurden.

Das geht übrigens aus vielen ähnlichen Äußerungen der Fabrikinspektoren hervor. In der übergrößen Anzahl der Werkstätten und Fabriken Deutschlands wurden Arbeiterausschüsse gar nicht erst errichtet, weil die Unternehmer vor einer ernstlichen Bethätigung derselben und vor den Folgen dieser Thätigkeit zurückschreckten. Und wo sie errichtet wurden, da sind sie zur Unthätigkeit verurtheilt. Man höre nur, was der Aufsichtsbeamte für Magdeburg in einem früheren Bericht darüber sagt: „Bei den Arbeitgebern herrscht vielfach ein gewisses Mißtrauen gegen die Ausschüsse, weil man befürchtet, sich damit eine Organisation zu schaffen, die gelegentlich unbecommt werden könnte.“

Ähnlich im bayerischen Bericht für 1897, wo es aus Schwaben heißt:

„Die Arbeitgeber hegen ein gewisses Mißtrauen gegen die Ausschüsse; sie sehen letztere als eine Organisation an, die sie in ihrer freien Bewegung hindert und ihnen schließlich unbecommt werden könnte. Und so kommt es, daß die wenigen bestehenden Arbeiterausschüsse eigentlich nur ein Scheindasein führen. Die Interesslosigkeit der Arbeiter für diese Einrichtung ist unter diesen Umständen begreiflich, denn sie wissen recht gut, daß der Ausschuss irgend welchen Einfluß zu ihren Gunsten kaum ausüben vermag.“

In demselben Bericht heißt es 1896: Die Arbeiterausschüsse haben keine Bedeutung, da die Arbeiter aus Furcht vor Entlassung oder doch aus Furcht mißlieblich zu werden,

alle Vorschläge des Vorstehenden, der meist aus dem Direktor oder einem Prokuristen oder einem Werkmeister besteht, ohne Widerrede gut heißen.

Auch in den neuesten Jahresberichten sind mehrfach ähnliche Erfahrungen über die Thätigkeit und Bedeutung der Arbeiterausschüsse mitgetheilt. In dem württembergischen Bericht für 1900 heißt es u. A.:

„Die Arbeiterausschüsse traten nirgends in bemerkenswerthem Grade hervor. Die Abhängigkeit ihrer Mitglieder vom Arbeitgeber ist in der Regel zu groß, als daß diese es wagen würden, weitergehende Wünsche der Arbeiter, insbesondere solche, die auf Lohnaufbesserungen oder sonst günstigeren Arbeitsbedingungen, vielleicht auch auf die Abstellung größerer Mißstände im Betriebe abzielen, jenem gegenüber nachdrücklich zu vertreten. Bei den Arbeitern ist aber fast ausnahmslos die Befürchtung vorhanden, daß sie früher oder später Entlassung zu gewärtigen haben, wenn sie sich durch mannhaftes Vertreten ihrer Interessen bei ihrem Arbeitgeber mißlieblich gemacht haben; die Gefügigkeit manches Arbeiterausschusses gegen die Arbeitgeber, die auch schon darin zum Vorschein kam, daß jener seine Zustimmung zu einer keineswegs im Interesse der Arbeiter gelegenen Veränderung der Arbeitsordnung gegeben hat, ist daher begreiflich, dergleichen aber auch, daß die Arbeiter dieser kaum lebensfähigen Einrichtung, welche in verschiedenen Fabriken nur ein Scheindasein führt, wenig Vertrauen entgegen bringen.“

Und der Beamte für das Unterelsaß sagt:

„Die vorhandenen Arbeiterausschüsse führen meist ein sehr bescheidenes und unthätiges, keiner aber ein sehr reges Leben.“ Sie seien wohl Anfang der 90er Jahre bei dem Erlaß der Arbeitsordnungen gehört worden, weil dies der bequemere Weg der Erfüllung des § 134 d. der G.D. vor. Späterhin wurden sie nur noch selten in Anspruch genommen, und es ist auch nicht bekannt geworden, daß sie aus eigener Anregung oder auf Anregung der von ihnen vertretenen Arbeiterschaft thätig geworden wären. Ein Arbeiterausschuss entstand vor einigen Jahren gelegentlich einer von den Arbeitern verlangten Neuordnung der Arbeitszeit. Anfangs schien es, als ob ihm der Geist eifrigen Pflichtbewußtseins, welcher allein darin Gutes vollbringen kann, eigen sei. Es war aber ein Irrthum, seine Thätigkeit hat aufgehört.“

Wie sehr die Arbeitgeber wirklich selbstständige Arbeiterausschüsse scheuen, geht auch aus einer Stelle des Aachener Berichts hervor, wonach die Fabrikanten der Textilindustrie den Bestrebungen der Arbeiterverbände, ständige Arbeiterausschüsse einzurichten, in der Regel ablehnend gegenüber stehen, da sie die bisher vorwiegend bei Ausständen in die Erscheinung tretenden Ausschüsse als eine nicht geeignete Einrichtung erkannt zu haben glauben und daher besorgen, daß durch die Errichtung solcher

den unruhigen Elementen unter ihren Arbeitern noch mehr Einfluß auf die Arbeiterschaft als bisher gegeben werden würde. Der westpreussische Beamte berichtet, daß sie „nach wie vor fast ausnahmslos ein unbedeutendes Stillleben“ führen und der Beamte für Frankfurt a. O. sagt, daß die wenigen noch bestehenden Arbeiterausschüsse nach wie vor ziemlich bedeutungslos geblieben seien.

Ohne den Rückhalt einer stark organisierten, zielbewussten Arbeiterschaft, ohne gute Gewerkschaften ist die Thätigkeit auch des bestorganisierten und bestgeleiteten Arbeiterausschusses gleich Null. Sind wir aber einmal so weit, starke gewerkschaftliche Organisationen zu unserer Verfügung zu haben, dann bedarf es auch nicht mehr solcher Mittel, um eine zweckmäßige Vertretung unserer Interessen den Unternehmern gegenüber zu ermöglichen, dann sind die Arbeiterausschüsse von selbst überflüssig. Die Erfahrungen, die wir mit diesen Einrichtungen gemacht haben, beweisen aber, was man auf die Thätigkeit bürgerlicher Sozialpolitiker geben kann, die u. A. auch die Arbeiterausschüsse mit so großem Geschrei als ein soziales Heilmittel anpriesen. In der Praxis machen diese Sozialpolitiker mit ihrer Sozialpolitik meist Fiakco.

Arbeitslosigkeit und Fleißarbeit.

In heutiger Nummer finden unsere Leser unter der Rubrik „Soziales“ etwas über das Thema Arbeitslosigkeit.

Auch wenn einige Geschäfte in der Porzellan- u. Industrie wirklich wenig oder vielleicht garnichts von der Geschäftsklause, von der Krise, verspüren, so dürfen wir doch wohl nicht fehlgehen, wenn der allgemeine Geschäftsgang in der Porzellanerei als ein denkbar schlechter bezeichnet wird.

Wie der augenblickliche Stand der Arbeitslosigkeit innerhalb der Gesamtorganisation, innerhalb des Berufes überhaupt ist, können wir allerdings nicht sagen. Wir werden aber, so hoffen wir, demnächst im Vorstand etwas über das Resultat der von diesem angeordneten monatlichen Zählungen der Arbeitslosen erfahren. Aber schon die wenigen Mittheilungen über Kündigungen und Entlassungen wegen Arbeitsmangel, die uns zugehen (auch das Verhältniß des 3. Quartals 1900 zu dem

Trebertrocknung.

Das Wort Trebertrocknung konnte man, nachdem die Leipziger Bank infolge ihrer Verbindung mit der Kasseler Aktiengesellschaft für Trebertrocknung zusammengebrochen war, recht oft hören. Der Fachschriftsteller W. Berdow hat in der „Winer Freien Presse“ das zum Verständniß der Trebertrocknung Nöthige zusammengestellt. Er schreibt:

Trebertrocknung, Kadaver-Verwerthung, trockene Destillation des Holzes, das sind drei anscheinend heterogene Dinge, denen jedoch nicht nur ein äußerer Zusammenhang, durch die ihre technische und wirtschaftliche Förderung vertretende Gesellschaft, sondern auch ein innerer eigen ist. Alles Leben, wo immer sich eins regt, schafft Ueberbleibsel, Abfälle, Ausgestoßenes, und mit dem Aufschwung des wirtschaftlichen und industriellen Lebens sind die Massen dieser Ueberbleibsel so ungeheurer groß geworden, daß eine ganze Reihe neuer Industrien zu ihrer Verwertung bezw. Aufarbeitung entstanden sind. Es sind Gewerbe — größtentheils Gemischer Natur —, die unter die wichtigsten des modernen Lebens zählen, denn sie schaffen neue Werthe, wo nur Verfall, nur lässiger oder gar schadenbringender Abhub war. Die Verarbeitung der Pompen, des Schrotts, der Ofenschlacken, der Abgase, hum-

derterlei Dinge, die der Sale kaum dem Namen oder Aussehen nach kennt, gehören hierher.

Die Trebertrocknung bezweckt, die Abfälle der Brauereien und Brennerien, die täglich zu ungeheuren Mengen entstehenden Kaströber und Schlempen der raschen Verlesung zu entziehen und nützlich zu machen. Es wohnt diesen Stoffen ein hoher Nährwerth inne, denn die Gährung entzieht der Dimaiste, aus der sie entstehen, nur ein Theil ihrer Extraktstoffe und ihres Nährgehaltes. Aber die rasche Verlesung der für die sofortige Verwendung in allzu großen Mengen flg. häufen sich Treber bewirkt bis ans Ende der achtziger Jahre, daß dieselben meist nur zu Düngemitteln und höchstens in der nächsten Umgebung ihrer Entstehung als Futtermittel verwendet werden konnten. Durch die technische Ausbildung und energische Verbreitung des Otto'schen Trocknapparates hat die A. G. f. Tr. ungeheure Massen dieser Kaströber aus dem Brauerei-, Brenner- und Kellereibetrieb für eine anbringende Verwerthung gerettet. Der Apparat entzieht den Trebern ihren sehr großen Wassergehalt, ohne durch Pressen oder andere mechanische Eingriffe ihren Bestand an Extraktstoffen zu gefährden. Die Wirkung der Trocknungsmaschine, die zu vielen Tausenden Verbreitung gefunden hat, beruht auf der energischen Wasserverdampfung der Kaströber, die inso-

fernem Zustande ununterbrochen in eine mit Dampf geheizte eiserne Mühle gehäuft werden, wo ein mechanisches Nährwerk sie tüchtig durcheinander wirft und immer neue Oberflächenteile mit dem heißen, die Trocknung durchziehenden Luftstrom in Berührung bringt. Solcher Art stark vorgetrocknet, gelangt das Trockengut durch die Thätigkeit der Nährschnecke von selbst in einen tiefer gelegenen, zweiten Trockenzylinder, dessen Hohlwandungen ebenfalls, und zwar stärker, erhitzt werden. Außerdem wird dieser Zylinder durch ein stark erhitztes System von Dampftrögen aufgefüllt und ein Schaufelwerk streut die fast trockenen Treber über diesen heißen Rost aus, den sie in vollständig getrockneten Zustande verlassen. So getrocknet, lassen die Treber sich nicht nur beliebig lange aufbewahren, sondern auch infolge ihres verminderten Gewichtes verladen, und ihr Nährgehalt ist entsprechend reicher geworden.

Die Annahmung und gleichzeitige Unschädlichmachung von Kadavern oder juncgenestehenden Fleisch ist ein ähnliches durch den Patentmann schon Kadaververnichtungs-Apparat, dessen Patente ebenfalls die A. G. f. Tr. besitzt, erreicht. Der Kellereibetrieb ist erst durch diesen und ähnliche Apparate sowohl hygienisch bestrebtend, als wirtschaftlich

3. Quartal 1901 bezüglich Unterstützung an die Porzellanarbeiter Berlins, siehe diese Nummer), lassen den Schluß zu, daß in unserer Industrie die Geschäftsflaute, die Krise, in ganz fühlbarer Weise ihre Wunden schlägt. Die Arbeitslosigkeit existiert bereits und wird für den Winter eine ganz bedeutende werden. Ein Gradmesser für den guten oder schlechten Geschäftsgang ist ja auch die Fluktuation in der Organisation. Immer wenn die Geschäftskonjunktur eine gute ist, treten neue Mitglieder in die Reihen der Organisierten, während bei der schlechten Konjunktur die Reihen sich lichten. Am besten ersehen wir das Letztere aus der zur Expedition kommenden Auflage unserer „Amesse“. Diese wird jetzt von Woche zu Woche niedriger, während sie noch im Vorjahre ihren Höchststand hatte. Man kann wohl einen Bruchtheil der abtrünnig werdenden Kollegen auf das Konto der in dem Verband sich abgespielten „Krise“, vielleicht auch auf die Erhebung der Extrabeiträge und auf das Aussehen nach höheren Beiträgen setzen, die große Mehrzahl aber wird einfach infolge des miserablen Geschäftsganges und der Arbeitslosigkeit, die ja oft so ungeheuerlich schlimme Folgen nach sich zieht, ihrer Berufsorganisation abtrünnig werden. Ein großer Theil wird erst zu spät eingesehen haben, daß die Organisation auch die Folgen der Arbeitslosigkeit einigermaßen lindert, indem sie Arbeitslosen-Unterstützung zahlt, sie werden deswegen ihre Rarenzzeit noch nicht herum haben und infolgedessen im unverständenen Interesse sich verabschieden. Daß während der Arbeitslosigkeit, in welcher man nicht unterstützbar berechtigt ist, Beiträge nicht gezahlt zu werden, brauchen, wird öfter von solchen Mitgliedern, die erst kurze Zeit beim Verband sind, übersehen.

Andere wieder treten in andere Berufe über, sie ergreifen die erste beste Arbeit, die ihnen geboten wird; der leidige Kampf ums Dasein läßt sie nicht zur Besinnung kommen, sie denken, wenn es wieder besser geht, wirst du dich auch wieder dem Interesse der Berufsorganisation zuwenden. Bedauerlich allerdings ist es, wir brauchen uns aber nicht zu wundern, wenn momentan der Mitgliederbestand etwas zurückgeht. Jedoch dürfen trotzdem unsere Gegner nicht deswegen in die Lage kommen, sich allzusehr zu freuen und etwa zu meinen,

nur in kurzen Worten erläutert werden. Die Fleischmengen oder ganzen Kadaver gelangen in den eisernen, druckfesten Extraktionskessel, wo sie durch gespannte Wasserdämpfe in ihren Geweben gelockert und von allem Fett und allem Saftgehalt befreit werden. Letztere löslichen Stoffe werden von dem kochenden Wasserbad des Kessels aufgenommen und periodisch abgelassen, um eine weitere Behandlung und Scheidung zu erleiden. In einem Sammelgefäß wird das Fett abgesondert und in gereinigtem Zustande als Rohmaterial der Seifenfabrikation verkauft. Die Beindämpfe, in denen wenig Werthstoffe enthalten sind, werden zur Erhitzung des Extraktionskessels benutzt, um den Inhalt desselben nach erfolgter Dampfung zu trocknen. Das Trockengut findet je nach der Beschaffenheit der verwendeten Kadaver als Düngemittel oder Kaffeevoller Verwendung.

Der Hauptgeschäftszweig der A.-G. f. Tr. jedoch, der neuerdings mehr als die übrigen von Bedeutung werden zu wollen scheint, ist die trockene Destillation von Holz und Holzabfällen. Es ist dies eine für große Gebiete der gemischten Industrie wichtige Frage, denn die Produkte der trockenen Destillation sind außerordentlich reichhaltig und vielseitig benutzbar.

Bei der allein und noch jetzt viel geübten Art der Holzverfeuerung in Mältern gehen alle

daß sie jetzt mehr als je oder auch ganz den Arbeiter unter Kriegen, so daß er nie mehr wider den Stachel locken kann. Daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, dafür sorgt schon unsere moderne wirtschaftliche Produktionsweise und es brauchen durchaus nicht nur gerade sieben magere Jahre zu sein, die uns heimsuchen werden. Es hat im Laufe der Jahre schon ganz plötzliche Wendungen zum Besseren gegeben. Wir brauchen also nicht fürchten, von jener Seite jetzt etwa mehr als wir gewohnt sind und was mit der Krise zusammenhängt, zu erfahren, wenn wir nur mit unseren eigenen Berufsorganen, mit den Mitgliedern des Verbandes, nicht gerade jetzt auch noch haben, ihnen nicht die Leiden lesen müßten, daß sie trotz der fühlbaren Arbeitslosigkeit (es ist dies auch schon in Zeiten guten Geschäftsganges zu verurtheilen), daß sie jetzt noch Ueberarbeit leisten.

Ueberarbeit hat sich noch stets gerächt, immer waren die Folgen derselben Lohnabzüge. Wir meinen, daß wir heute nicht nöthig haben, diese Wundenwahrheit klarzulegen, wir haben es des Besseren schon gethan und vermerken nicht, daß wir auch in solcher, wie der jetzigen flauen Geschäftszeit Veranlassung hätten, das Thema Ueberarbeit vorzunehmen.

Es ist aber so, Veranlassung liegt leider nur allzuviel vor.

In Nr. 43 haben wir unter der Ueberschrift „Nach uns die Stille“ bereits Zustände zu beleuchten versucht, wie sie in einer Fabrik bestehen. Dort geht die löbliche Direktion voran und forciert die Ueberarbeit, das Rauffen, sie setzt die Verdienste auf solches Niveau, daß der Arbeiter, wenn er nicht verhungern, eben mehr wie arbeiten muß.

Wir sind nachträglich in den Besitz von Zeichnungen einiger Artikel gekommen, deren Arbeitslöhre nebenbei stehen. Wir haben uns in der jahrelangen Beschäftigung als Bureau- oder Zeitungsamenschen immer auch auf dem Laufenden über unsere Berufsarbeit erhalten, wir wissen, daß die „Technik“ ja Vieles von ebendem, als wir noch im Beruf den Pinsel schwingen, aber den Laufen geworfen hat, gehörten auch nie zu den langsamsten Arbeitern, haß, ganz haß waren wir aber doch, als wir diese Zeichnungen bezw. die für diese Artikel ausgelegten Preise zu Gesicht bekommen. Wenn wir demnächst

Bestandtheile des Holzes mit Ausnahme der Rohle verlieren, bei der Destillation sollen sie dagegen sämmtlich aufgefangen und zur Ausnützung gebracht werden. Ein ganz besonderer Vortheil des Destillationsverfahrens ist aber, daß auch Holzabfälle, und zwar ebensowohl die des Waldes, als Kronen, Äste, Wurzelstücke, als die Abfälle der Holzverarbeitungsindustrie auf diese Weise ausbringend verwertet werden können.

Die Methode der trockenen Destillation wird Jedem sofort klar, der sich der Fabrication des Leuchtgases aus Steinkohlen erinnert. Auch dabei erleiden die in geschlossenen Retorten gefüllten Kohlen eine trockene Destillation, deren Hauptergebnisse Theer, Leuchtgas und Ammoniak sind. Der trockene Rückstand der Retorten ist Koks. Bei der Holzdestillation verläuft der Prozeß unter geringeren Temperaturen bis etwa 300 Grad Celsius. Der Rückstand ist Holzkohle, das Destillat eine braune, sich nach einigem Stehen in mehrere Schichten theilende Flüssigkeit, der rohe Holzessig.

Die wässrige Beschaffenheit dieses Destillationsproduktes geht aus dem hohen Wassergehalt des Holzes hervor. Derselbe Umstand erschwert aber auch den ganzen Prozeß, indem der Wassergehalt unter Mehraufwand von Brennmaterial erst zur Verdampfung gebracht

mal zu Wertheim oder Ditz nach der Leipziger Straße kommen, werden wir die Zeichnungen mitnehmen, wenn wir dort etwa diese hübschen Zeichnungen finden, von denen wir die Zeichnungen haben, brauchen wir uns dann nicht mehr allzusehr über die „Schleuderpreise“ zu wundern, die Arbeiter erhalten ja in dieser Fabrik die wirklichen „Hungerlöhne“, dabei kann die Waare freilich mehr wie billig verkauft werden.

Sodern etwa die Fabrikanten-Vereinigung gewillt wäre, mit uns gegen diese Fabrik loszugehen und im Interesse der Industrie auf eine Beseitigung der Schleuderkonkurrenz hinzuwirken, wir würden ihr gern die Zeichnungen und die Notizung der Arbeitslöhne zustellen, vielleicht bekommen wir auch sogar eins von diesen Kunstlerzeugnissen im Original zu kaufen.

Alein können wir, wie in Nr. 43 bemerkt, gegen diese Fabrik und deren Praktiken nichts unternehmen.

Die Arbeiter dort mögen leider schon so degenerirt sein, daß sie sich am Ende auch noch mehr brühen und pressen lassen; wir werden ja vielleicht noch mehr davon hören.

Ist also dort immerhin in erster Linie der Unternehmer. Derjenige, der das Rauffen, die Ueberarbeit kaskadirt durch seine erbärmlichen Pächter, ist es nicht weit davon (es liegen nur einige Berge dazwischen) in einer der dortigen Fabriken etwas anders.

Ausdrücklich wird von dem Berufsgenossen, der uns Einiges über dortige Verhältnisse bezüglich des „Rauffens“ mittheilt, bemerkt, daß die Firma eine Schuld nicht traffe, es sei nur die „Gabsucht“ der Kollegen, die solche zu verurtheilende Zustände zeitigten.

Die Firma war kürzlich durch fehlende Aufträge gezwungen ca. 20 Arbeiter zu entlassen. Es ist das für diese Leute, die zum Theil 4 Jahre lang als Lehrling ihre billige Arbeitskraft zur Verfügung gestellt hatten, gewiß nichts Angenehmes gewesen, aber wenn sie schon unseren schönen Beruf erwählten, müssen sie eben auch die Folgen, wie sie eine Geschäftsflaute zeitigen, mit in den Kauf nehmen.

Mancher von ihnen wird schließlich noch für etwas anderes lernen und einen Strich unter die vier Jahre machen. Wenn junge, ledige Leute Opfer der Krise werden, so geht es immer noch an, Verheirathete trifft es

werden muß. Dieser Umstand hat die nutzbringende Anwendung der trockenen Destillation hin vor fünf oder sechs Jahren sehr gehindert; der Brennstoffverbrauch ließ sich bei dem älteren Verfahren nicht in Einklang bringen mit der Rentabilität des Unternehmens. Erst die von der A.-G. f. Tr. erworbenen Bergmann'schen Patente, die jedoch die Konstruktion einer großen Zahl anderer ebenfalls gut wirkender Destillationsapparate nicht haben hindern können, führten eine Wendung in der ökonomischen Seite der Frage herbei.

Der Kernpunkt der neueren Destillationsverfahren ist die Aufschließung, das heißt Zerkleinerung und Wassereextraktion der Hölzer mittels gespannten Dampfes vor der Destillation. Anßer der Dampfschließung der eisernen Destillations- oder Retorten kommt auch noch die Erhitzung durch mechanisches Aufstampfen der Luft zur Anwendung. Hier sollen uns die Vorzüge und Nachtheile der einzelnen Verfahrensmethoden nicht beschäftigen, sondern nur noch ein Blick auf den Vorgang der Holzdestillation und die Weiterverarbeitung ihrer einzelnen Produkte.

Die nach der Reinigung der trockenen Destillation in den Retorten erhaltene Holzkohle ist, besonders bei der Verwendung von Holzabfällen, die ja bis zur Größe von Sägespänen Verwendung finden, zum Theil

schwerer. Diejenigen Arbeiter nun, die in dieser Zeit weiter in Stellung verbleiben konnten, wurden auf einen beschränkten Verdienst gesetzt und zwar war derselbe gleichmäßig auf 15 Mk. pro Woche festgesetzt. Auch in Zeiten normalen Geschäftsganges ist es schon vorgekommen, daß ab und zu die Arbeitszeit und dementsprechend der Verdienst aus irgend welchen Gründen beschränkt wurde, und wenn diese betreffende Firma nicht noch mehr Entlassungen vornahm, sondern durch die Arbeitsbeschränkung Gelegenheit für Alle schaffen wollte, daß sie wenigstens etwas Verdienst hatten, so ist das anerkennenswert.

Ein Teil der von der Arbeitsbeschränkung betroffenen Kollegen wohnt in der Stadt (es ist allerdings auch nur eine sehr kleine) der andere Teil wohnt „im Dorf“, das nur einige Büchenschüsse weit weg liegt. Die Herren Städter machten nun geltend, daß sie in der Stadt doch mehr brauchen als wie die auf dem Dorfe und beanspruchten mehr Verdienst. Mit Recht schreibt der Dörfner: „bei uns fliegen die gebratenen Tauben auch nicht in den Mund“ und es ist kaum zu glauben, daß der Preis der Lebensmittel zwischen einem Landstädtchen und Dorfe einen Unterschied hat. Allenfalls könnten vielleicht die „Bergnügungsvereine“ in der Stadt etwas mehr kosten, doch deswegen die Dörfner zurückzusetzen, ist nicht richtig.

In welcher Weise aber wurde das nun gemacht, daß die Städter mehr Verdienst erhielten? Sie arbeiteten, wie unser Gewährsmann schreibt, außer ihrem Kontobuche, um sich der Kontrolle des gleichen Verdienstes zu entziehen. Wir verstehen das so, daß bis 15 Mk. ins Buch geschrieben, das, was darüber gearbeitet, aber extra bezahlt wurde. Dabei allerdings müßte doch die Geschäftsleitung mitbeteiligt sein.

Aber auch sonst muß in dem betreffenden Geschäft von den Kollegen in ganz bedenklicher Weise gesündigt worden sein. Gleich der in Nr. 43 geschilderten Art und Weise wurden auch hier Aufträge in Arbeit gegeben und eine schnelle Beförderung gewünscht. Es wurde be-

schlossen (ob das nun nur die „Städter“ waren, oder ob auch die Dörfner dabei waren, geht nicht genau aus der Mitteilung hervor) etwas länger zu arbeiten. Unter dem Etwaslängerarbeiten verstand man aber auch arbeiten bis 10—11 Uhr Nachts.

„Arbeitslosigkeit und Ueberarbeit“ haben wir zu diesem Artikel als Überschrift gewählt. Kollegen, die Ihr Euch freiwillig oder gezwungen zu solcher Ueberarbeit hergebt, fühlt Ihr denn nicht ohne Weiteres aus dieser Gegenüberstellung der Worte, wie schwer Ihr Euch gegen die Interessen des Berufes, gegen die Interessen der Organisation versündigt? Da müssen Hunderte Eurer Kollegen die Landstraße bevölkern, die der Arbeitslosigkeit zum Opfer gefallen sind, die oftmals dadurch zu Baria's nicht nur für den Beruf, sondern für die ganze Gesellschaft werden, und Ihr schaut Euch nicht, demgegenüber in dieser Weise Ueberarbeit zu leisten?

Und wenn Ihr wirklich durch dieses unvernünftige Handeln einen Mehrbeitrag verdient, habt Ihr denn noch nicht selbst erfahren, daß immer der Arbeitgeber, und wäre er auch so recht human, stets danach mit Vohnerabsetzungen kommt?

Ganz abgesehen davon, daß der Unterschied zwischen dem Verdienste des Städters und Dörfners an den Haaren herbeigezogen ist, wäre es jetzt in der Krise bedeutend vernünftiger gehandelt, sich mit einem geringeren Verdienste, mit einer kürzeren Arbeitszeit zu begnügen, um dadurch über die schlimme Zeit sich hinweg zu helfen. Die Aufträge, die jetzt zu erledigen sind, müssen denn die unter allen Umständen so pressieren und wenn, nun, dann sind doch jedenfalls am Orte schon Leute genug, die auf Arbeit lauern und die gerne auch mit einem beschränkten Verdienste bei beschränkter Arbeitszeit zufrieden sind.

Man sollte es wirklich kaum für möglich halten, daß die Porzellanarbeiter bei flottem Geschäftsgang ihre Haut und Knochen zu Markte tragen und schufen und knuffen, kurz, zur Ueberarbeit sich hergeben. Jetzt, wo überall die Krise ihren Einzug gehalten, das

aus kleinem Kohlenries oder Staub, der erst durch ein neueres Verfahren, nämlich die Driquettpressung unter Dbeerzusatz, nutzbar gemacht ist. Die bei der Retortenheizung entstehenden Gase sind ebenfalls, und zwar für die Verkohlung der zu verkolenden Holzabfälle, auszunützen. Während alsdann die trockene Holzohle, die in Hochöfen für die Erzeugung besonders reiner Eisensorten, in anderen Gewerben und im Haushalt mannigfaltige Verwendung findet, glatt abgesetzt werden kann, müssen die Destillationsprodukte noch eine lange Reihe von Scheidungen über sich ergehen lassen. Zunächst scheidet sich die oben erwähnte braune, übelriechende Destillationsflüssigkeit von selbst in den schweren, zu Boden sinkenden Dbeer, den oben schwimmenden, wässerigen Holzgeist, dessen Säuregehalt etwa zehn bis zwölf Prozent beträgt, und eine besonders bei der Verkohlung harzreicher Hölzer reichlich auftretende Zwischenschicht vor rohem Terpentinal. Drei Abläufe in verschiedenen Höhen sondern diese Flüssigkeiten, die dann der Einzelbehandlung und Veredelung unterliegen. Der gereinigte Dbeer, der früher wenig Absatz fand, wird jetzt zu Imprägnierungszwecken verarbeitet. Die Kreosot-Industrie verbraucht große Mengen davon. Der rohe, dünne Holzgeist ist der Ausgangspunkt eines großen Zweiges der chemischen Industrie geworden, denn er enthält neben seinem wichtigsten Bestandtheil, der Essigsäure, mindestens noch 25 verschiedene Stoffe. Nach der ersten Destillation des Holzgeistes geht die Verarbeitung gewöhnlich auf andere Fabriken

über. Der konzentrierte oder im Graufall (siehe unten) gefundene Holzgeist wird noch mehrmals destilliert, wobei anfänglich die verunreinigenden, den üblen Geruch verursachenden Beimengungen entweichen; alsdann enthält man eine kleine Menge 40prozentige und ziemlich viel 70prozentige rohe Essigsäure, die auf andere Weise weiter verarbeitet und konzentriert wird. Mit Rall abgefärbt, der ihn in großen Mengen bindet, ist der Holzgeist geeignet für Transporte zu günstig gelegenen Fabriken, denen die Weiterentwicklung dieses Rohstoffes obliegt.

Die bekanntesten Produkte der Holzdestillation sind nun die meist 80prozentige technische Essigsäure, die in Färbereien und Rattunbräudereien verwendet wird, der Holzgeist und das Aceton. Außerdem wird noch ein merkwürdiger Stoff, der sogenannte Eisessig, hergestellt; er ist nichts weiter als 100prozentige, also reine Essigsäure, die schon bei 17 Grad Celsius im warmen Zimmer erstarrt und ihrer Reinheit wegen viel in chemischen Werken verbraucht wird. Der Holzgeist, ein Alkohol von sehr einfacher Zusammensetzung, wird bei der Ueberführung des Holzgeistes in Essigsäure gewonnen und ist einer der Grundstoffe der Anilinfarben-Industrie. Viele Rohstoffe der letzteren gebrauchen den Holzgeist zu ihrer eigenen Herstellung notwendig. Endlich wird auch das Aceton, ein Nebenprodukt der Holzgeistdestillation, bereits stark begehrt; unter Anderem dient es in seinen reinen Qualitäten zur Darstellung rauchschwachen Pulvers.

Gespens der Arbeitslosigkeit uns entgegen-grinst, daß da aber auch noch von organisierten Arbeitern Ueberarbeit gethan wird, — das geht unseres Erachtens denn doch über das Bohnenlieb!

Wir werden ja abwarten, ob die Berufs-genossen, die sich nicht scheuen, sich zu solcher Schädigung der allgemeinen Berufsinteressen herzugeben, nunmehr ihr verderbliches Handeln einstellen. Wenn wir auch nicht direkt vorgehen, die Betreffenden, denen es angeht, werden schon wissen, daß in diesem Falle sie gemeint sind.

Wir hoffen, daß, wenn wir uns bei der Verwaltung erkundigen, uns die Antwort wird: man hat eingesehen, wie thöricht man handelt. Wünschen wollen wir keineswegs, daß etwa die Strafe auf dem Fuße folgt in Form einer Kleinen oder großen Lohnreduktion.

Wären es nur die beiden angezogenen Orte, wo solche Zustände herrschen und die nur durch das Verhalten unserer Berufs-genossen zu Stande gekommen, wir würden gewiß nicht allzu viel Aufhebens davon machen. Wir befürchten aber, daß leider auch noch an anderen Orten dem verderblichen System des Ueberarbeitens gehuldigt wird und möchten deswegen im Allgemeinen unseren Berufs-genossen zurufen: Hinweg mit Ueberarbeit, gedenkt Eurer arbeitslosen Kollegen; denkt daran, daß jede und auch die geringste Ueberarbeit immer nur Lohnreduktion im Gefolge hat und Ihr damit Euren Beruf, Eure Existenzbedingungen selbst immer tiefer hinabdrückt!

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise in Deutschland in ihrer Wirkung auf unser Nationalvermögen.*)

Eine technisch-wirtschaftliche Betrachtung nach einer Unterredung mit Professor Dr. Hartmann, Chef-Ingenieur der Reichskommission für die Weltausstellung in Paris 1900.

In dem letzten Jahrzehnt ist Professor Dr. Hartmann bei der großen Industrie-Ausstellungen, an denen Deutschland theilhaftig war, sei es als Berichterstatter, als Chef-Ingenieur oder Mitglied der Jury thätig gewesen. Auf der vorjährigen Welt-Ausstellung in Paris bekleidete er zuerst das Amt eines Chef-Ingenieurs der deutschen Reichskommission und später dasjenige des Präsidenten der Internationalen Jury für den gesamten Maschinenbau. Durch diese Thätigkeit hat derselbe einen weitgehenden Einblick in die industriellen Verhältnisse erhalten, sodaß sein nachstehendes Urtheil über die gegenwärtige Krise in der deutschen Industrie von größtem allgemeinen Interesse ist.

Zwei Momente sind es, wie die „Berliner Wissenschaftliche Korrespondenz“ schreibt, die im Wesentlichen als Ursache der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression zu nennen sind: Das plötzliche starke Nachlassen des inländischen Konsums und die Unsicherheit über die neuen Handelsverträge. Diese Unsicherheit lähmt den ohnehin schon stark gedrückten Unternehmungsgeist der Industrie vollständig und aus diesem Grunde wäre es auch im hohen Grade wünschenswerth, daß die maßgebenden Stellen in Deutschland gerade in Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Alles daran setzen, um der Industrie baldmöglichst Gewißheit zu verschaffen, mit welchen Zollätzen sie zu rechnen hat. Der heutige Zustand der Ungewißheit macht Vorbereitungen der großen industriellen Betriebe, Preisfestsetzungen und Alles, was für die Einleitung neuer Geschäftsabschlüsse nöthig, zur Unmöglichkeit, denn der Industrielle weiß ja nicht, ob bzw. unter welchen Bedingungen er in Zukunft auch ein

*) Aus dem „Vogelbauer General-Anzeiger“.

einzelnen Ländern wird exportieren können. Und doch wird es für die deutsche Industrie gerade jetzt notwendig sein, alles daran zu setzen, um den Export zu heben, als eines derjenigen Mittel, das geeignet ist, der deutschen Industrie über die gegenwärtige schwierige Lage hinwegzuhelfen.

Die Stellen, die in erster Linie berufen sind, an der Beseitigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krisis mitzuarbeiten, sind aber die Regierung und die Kommunen. Die Instandhaltung des deutschen Eisenbahnnetzes beschäftigt ungefähr den dritten Teil der gesamten deutschen Industrie; dies charakterisiert wohl am besten, welche weitgehende Möglichkeit den Eisenbahnministerien an die Hand gegeben ist, der deutschen Industrie über die gegenwärtige Krise hinwegzuhelfen, indem sie durch größere Aufträge zum Zweck der Reorganisation und Ergänzung des Eisenbahnbauwerks und des rollenden Materials die Industrie auf einige Zeit beschäftigen, bis es derselben gelungen ist, die Krise zu überwinden.

In ähnlicher Weise steht es mit den Kommunen. Die hygienischen Verhältnisse unserer Provinzstädte in Bezug auf Kanalisation und Wasseranlagen etc. stehen keineswegs durchaus auf der Höhe unserer Zeit. Die Kommunen müßten sich jetzt entschließen, ihre Kanalisations- und Wasseranlagen auszubauen, und den Bau von Arbeiterwohnungen zu fördern; und einige große Städte müßten mit gutem Beispiel vorangehen. Diejenigen Städte, die keine Mittel für diese Zwecke zur Verfügung haben, müßten sich eben zu einer Anleihe verstehen, die für die Mehrzahl mit Sicherheit aufzubringen wäre, umso mehr, als das private Kapital sich gegenwärtig gegenüber den Industrierapieren reserviert verhält. Wir haben noch genug deutsche Provinzstädte, wo die überfließenden Abwässer offen über die Straße fließen. Wie sehr aber die gesundheitlichen Verhältnisse einer Stadt durch ein zielbewusstes Vorgehen nach dieser Richtung hin gehoben werden können, das zeigt am besten das Beispiel Berlins.

Uebrigens ist das Interesse aller Schichten der Bevölkerung, die landwirtschaftlichen Kreise nicht ausgenommen, ein gleich großes, die deutsche Industrie in ihren Bemühungen zu unterstützen, die gegenwärtige Krise so bald wie möglich zu überwinden. Denn die Betriebseinschränkungen, zu welchen die deutsche Industrie durch den gegenwärtigen Rückgang auf dem Inlandsmarkt gezwungen wurde, haben die Entlassung von Tausenden guter und geschulter Industriearbeiter zur Folge, die entweder vollständig ohne Arbeit bleiben, oder sich minderwertigeren Arbeiten zuwenden, oder aber endlich nach dem Auslande auswandern müssen, welches geschulte Industriearbeiter sehr gut brauchen kann und mit Vergnügen aufnimmt. In allen Fällen bedeuten diese Arbeiterentlassungen eine schwere Schädigung des deutschen Nationalvermögens!

Auch für den Fall, daß der entlassene Arbeiter keine Beschäftigung wieder findet, wird sein Verbrauch unter ein gewisses Minimum nicht heruntergehen können, gleichgültig, ob ihm dieses Minimum aus einer Arbeiterklasse, aus den Reihen der Kommune oder von sonst irgendwo zusteht. Jeder Verbrauch aber, ohne daß damit gleichzeitig durch Arbeit wieder ein Verdienst verbunden ist, geht von unserem Nationalvermögen!

Wenn der geschulte Industriearbeiter sich als Tagelöhner verdingt, dann wird er zwar auch noch seinen Lebensunterhalt durch seinen Verdienst decken können, aber seine Fähigkeiten als Industriearbeiter gehen nicht nur für den Moment der Industrie verloren; er wird dieselben innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit

überhaupt einbüßen. Denn das, was den leistungsfähigen, geschulten Industriearbeiter ausmacht, ist eine manuelle Geschicklichkeit, welche nur die Folge permanenter Übung ist, und durch die seine Nerven so ausgebildet werden, daß er gewisse Handgriffe gleichsam unbewußt ausführt. Um auf diesen Standpunkt zu gelangen, mußte der Arbeiter erst 3 bis 4 Jahre als Lehrling vollständig unentgeltlich arbeiten, dann noch eine ganze Reihe von Jahren gegen ein verhältnismäßig sehr bescheidenes Entgelt. Die Fähigkeiten, die er sich durch jahrelange Übung erworben hat, repräsentieren sein Vermögen, repräsentieren aber auch gleichzeitig einen Teil unseres Nationalvermögens; sie bedeuten unsere Machtstellung auf dem Weltmarkt.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Bekanntmachung für die Mitglieder des Beihilfefond und die Zahlstellen- Kassierer.

Nachdem der Reservefond des Beihilfefond gegenwärtig auf 9,09 Mark pro Kopf herabgesunken ist, derselbe jedoch nach § 17 des B.-R. fortlaufend mindestens 10 Mark pro Kopf betragen muß, hat der Vorstand sich für verpflichtet gehalten, von der ihm nach § 3 Abs. 2 des B.-R. zustehenden Berechtigung Gebrauch zu machen. In der Sitzung vom 5. November ist deshalb beschlossen worden, pro 4. Quartal 1901 zwei Extrabeiträge für den Beihilfefond einzufordern. Die Herren Zahlstellenkassierer seien hiermit ganz besonders aufmerksam gemacht, darauf zu achten, daß die Mitglieder des Beihilfefond pro 4. Quartal 1901 anstatt 13 nun 15 Wochenbeiträge für denselben zu entrichten haben.
J. Schneider, Verbandschriftführer.

Aufforderung.

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur Einsendung der Abschlässe und Gelber pro 3. Quartal 1901 aufgefördert:

Berlin II, Gräfenhal, Neuhaus, Oberkühn, Probstzella, Siegendorf, Tambach, Wallendorf.

W. Herden, Verbandskassierer.

Laut § 10 des Verbandsstatuts müssen im Monat Dezember die Neuwahlen der Zahlstellen-Verwaltungen stattfinden. — Die Verwaltungen werden hiermit ersucht, unter Beachtung der §§ 10 bis 17 des Statuts im kommenden Dezember die Neuwahlen vorzunehmen. — Zur Beachtung diene: der Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer werden jeder in einem besonderen Wahlgang vermittelst Stimmzettel gewählt. Für Zahlstellen von 50—100 Mitgliedern werden außerdem ein Beisitzer und für je weitere angefangene 50 Mitglieder ein Beisitzer gewählt. Die Beisitzer müssen ebenfalls mit Stimmzettel gewählt werden, jedoch kann deren Wahl in einem gemeinschaftlichen Wahlgang erfolgen. — Außerdem müssen 1 bis 3 Revisoren gewählt werden. Ständige Stellvertreter sind im Statut nicht vorgesehen und ist die Wahl von solchen nicht erforderlich. — Unterkassierer können je nach Bedarf gewählt werden; Anspruch auf Entschädigung, wie solche den Kassierern zusteht, haben dieselben nicht, jedoch bleibt den Kassierern eine diesbezügliche Vereinbarung vorbehalten. — In allen Orten, an welchen das Vertrauensmänner-System besteht, sind solche in öffentlichen Versammlungen aufzustellen und dem Vorstand in

Vorschlag zu bringen, welcher dieselben dann als Vertrauensmänner der am Orte befindlichen Einzelmitglieder ernannt. — Die Versammlung, welche die Verwaltung wählt, hat auch gleich den Organempfänger zu bestimmen. In der Regel empfiehlt es sich, den Kassierer hierfür zu bestimmen, weil derselben öfter Verwaltungsmaterialbrüche etc. zugerechnet werden muß, welches dann dem Organ beilegt wird. —

Wählbar in die Verwaltung sind alle stimmungsfähigen Mitglieder, doch müssen dieselben mindestens drei Monate dem Verbandsangehören. (Bei neugegründeten Zahlstellen findet letztere Bestimmung keine Anwendung.) Jeder Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet; doch können Mitglieder, welche ein Jahr lang der Verwaltung oder den Revisoren angehört haben, die Wahl für nächstes Jahr ablehnen. Neue Zahlstellenverwaltungsmitglieder sind wieder wählbar. — Die Zeichnung für die Zahlstelle haben der Vorsitzende und der Schriftführer gemeinsam; beide müssen großjährig sein. Daß Mitglieder der Zahlstellenverwaltung auch Mitglieder des Beihilfefond sein müssen, ist nicht erforderlich. —

Mit Nr. 47 der Amelle geht den Organempfängern in jede Zahlstelle ein Formular zu, in welches die Mitgliedsnummern und Namen der Gewählten, deutlich und mit genauer Angabe der Wohnung, einzutragen sind. Dieses Formular ist, von der Verwaltung unterzeichnet, bis spätestens 1. Januar 1902 an den Unterzeichneten einzusenden.

J. Schneider, Verbandschriftführer.

Aus unserm Berufe.

Köln-Ehrenfeld. Diejenigen Kollegen, welche sich bei der Firma „Eiffa“ Emailtrocken-A.-G. um Arbeit bemühen, werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, sich vorher über Arbeits- und Verdienstverhältnisse bei der hiesigen Verwaltung der Zahlstelle zu erkundigen. Es wird außerdem auf die Notizen in den Nummern 43 und 45 der „Arbeiter“ verwiesen.

In Sondershausen sind noch einer Mitteilung am letzten Sonnabend 30 Arbeiter gefällig geworden.

In Zell a. S. war Anfang dieses Jahres ein Kollege bei der hiesigen Firma Schaaß beschäftigt. Er empfand diverse Unbefriedigungen, wie 3fachen Defektzahlung, Rehren der Arbeiterdame während der Arbeit, Zahlung dafür pro Mann und Woche 10 Pf. etc. etc., weigerte sich infolgedessen die Fabrikordnung zu unterschreiben und wurde deshalb entlassen. Der Kollege war der Ansicht, daß die Unbefriedigungen mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung in Widerspruch stehen und wandte sich Ende März d. J. an den in Zell zuständigen Fabrikinspektor. Jetzt hat der Kollege Antwort erhalten, dieselbe lautet:

„Großherzoglich badische Fabrikinspektion.

Karlsruhe, 12. 11. 1901.

Wir haben Ende März ein Schreiben von Ihnen erhalten, das über Mißstände in der Porzellanfabrik von Schaaß in Zell bei Biberach Beschwerde führt. Leider hat sich durch äußere Zufälligkeiten eine Revision in dem Betriebe bis in den Oktober verzögert; aus diesem Grunde erhalten Sie auch jetzt erst eine Antwort auf Ihr Schreiben. Die Mängel, die von Ihnen angegebenen 3fachen Defekt hat sich bestätigt, wir werden Sorge tragen, daß die Mißstände abgestellt werden. Gg. v. Rüdiger.

Sozialer Gewerkschaften etc.

Die Arbeitslosigkeit ist im zunehmenden Maße, der diesjährige Winter wird deswegen ein doppelt trüber werden. Einige

Regierungen, darunter auch die preussische, haben Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit angeordnet. In welcher Weise nun diese Erhebungen von Statistiken gehen, beweist eine dem „Vorwärts“ von Halle zugehende Mitteilung:

„Der Regierung ist offiziell von einem Notstand nichts bekannt“, erwiderte im Jahre 1894 der damalige Vizepräsident des Staatsministeriums, Staatssekretär v. Büttcher, unseren Parteigenossen im Reichstage, als diese die Regierung interpellierten, was sie angesichts der großen Arbeitslosigkeit und des dadurch unter den Arbeitern hervorgerufenen Elends zu thun gedenke. Das war vor 7 Jahren. Herr v. Büttcher erhielt sich jetzt von den Mägen des Reichsministeriums als Oberpräsident der Provinz Sachsen, während der jetzige Notstand, die gegenwärtige Arbeitslosigkeit sicherlich noch umfangreicher sind als damals. Aber auch der Oberpräsident Büttcher sorgt dafür, daß der Regierung offiziell möglichst wenig von einem Notstand bekannt wird. Er berief nämlich auf Dienstag Vormittag in Ausführung der vor 14 Tagen erlassenen ministeriellen Verordnung nach Halle eine Konferenz der Regierungspräsidenten, Landräthe, Oberbürgermeister der größeren Städte, Eisenbahndirektoren, Präsidenten, Vorsitzenden der Landwirtschafts- und der Handelskammer, Großindustriellen und Großkaufleute ein, um sich bezw. die Regierung über den Notstand zu unterrichten.

Die Konferenz war als eine vertrauliche einberufen worden, „damit — nach den Worten des Herrn Oberpräsidenten v. Büttcher — die Arbeiter sich nicht zu großen Hoffnungen über die ihnen zu Theil werdende Hilfe hingeben.“ Durch die Berathung sollte zunächst Aufschluß über den Umfang der statgefundenen Entlassungen gegeben, ferner Vorschläge zur Bekämpfung beziehungsweise Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit gemacht werden; jedoch beschäftigte sich die Konferenz fast ausschließlich mit dem ersten Theil ihrer Tagesordnung.

Es klingt nun geradezu wie eine Verhöhnung der Nothstands-Berathungen, wenn man die Thatsache feststellen muß, daß fast sämtliche Regierungspräsidenten und Oberbürgermeister sich krampfhaft bemühten, die Verhältnisse in möglichst günstigem Lichte darzustellen. Von zahlreichen Arbeiterentlassungen könne nicht die Rede sein, die Handwerker seien sogar in der Lage, ihre Arbeiter voll zu beschäftigen. Von den 2000 kürzlich in einer Arbeitslosen-Versammlung in Magdeburg erschienenen, so führte der Regierungspräsident von Magdeburg an, seien mindestens 1500 Saisonarbeiter und nur ein geringer Bruchtheil von den restlichen 500 könne als wirklich arbeitslos gelten. Der Oberbürgermeister von Halle erklärte, die Zahl der Arbeitslosen sei nicht höher als 1894/95 und der hiesige Magistrat werde in der nächsten Stadterordneten-Sitzung für Erdarbeiten 36 000 Mark fordern, damit komme man über die Arbeitslosigkeit gut hinweg. Dabei hat erst dieser Tage die Verwaltung des Metallarbeiter-Verbandes in Halle festgestellt, daß in Halle allein 1200 Metallarbeiter arbeitslos sind. Ein Mann des Fortschritts ist sicherlich der Oberbürgermeister von Nordhausen. Er kündigte die Wiederentstellung der noch ausständigen Tabakarbeiter seitens der Fabrikanten an; sonst seien nur Italiener in Nordhausen arbeitslos und diese führte uns selber die Bahn an. „Also schaffen wir die Bahnen ab! Diese selbe sozialpolitische Weisheit bekundet auch der Vertreter der Landwirtschaftskammer, Major Wisse-Tschornau: „Die Bahnen führen uns die Arbeiter vom Lande weg. Hier muß der Eisenbahnminister eingreifen. Und wenn es Thieren nicht thut, dann haben wir wenigstens den Trost, daß er nicht immer Eisenbahnminister bleiben wird.“

Der „Vorwärts“ schreibt hierzu:

„Überall dasselbe Bild: Es ist alles gut und schön, ein Nothstand existirt nicht, Entlassungen sind nur in ganz minimalem Umfange erfolgt.“

Als jedoch die Industriellen zu Worte kamen, erhellte der blendende Spiegel vorübergehend eine kleine Trübung. Direktor Nibel von der hiesigen Maschinenfabrik widerlegte durch einige Zahlenbeweise die Herren Regierungspräsidenten und Oberbürgermeister. In seinem Fabrikanten seien in den letzten Jahren durchgängig pro Woche 16—17 000 Mark an Löhnen ausgezahlt worden, jetzt werden höchstens 7 000 Mk. verausgabt. Das lasse einen Schluß auf die Zahl der Entlassenen zu. Behutsam äußerte sich Kommerzienrath Klaus von Thale. Nur Spezialfabriken hätten noch genügende Beschäftigung, alle anderen Jäger in der Metallbranche leiden an Mangel an Aufträgen. Wenn der neue Zolltarif angenommen und die Vorkriegsbeschäftigung nicht gehindert wird, gehen wir schweren Zeiten entgegen.

Die Ausführungen der Industriellen hinderten jedoch nicht, daß Herr v. Büttcher schliesslich das Resultat der Konferenz in die Worte faßte, daß „von übermäßig zahlreichen Arbeiterentlassungen nicht die Rede sein dürfe“.

Nach einer Aussprache von zwei Stunden war das Arbeitslosigkeitsproblem gelöst und die 30 Herren nahmen im Grand-Hotel Bode ein Nothstandsmahl ein, zu welchem sie vom Oberpräsidenten v. Büttcher geladen worden waren.

Nicht viel anders werden die von der preussischen Regierung angeordneten „Erhebungen“ in den übrigen Provinzen durchgeführt werden. Daraus ist die Regierung des Grafen Bülow genügend vorbereitet.

Und die Arbeiter Deutschlands sind gleichfalls genügend orientirt über das, was sie von der Regierung des Grafen Bülow im Kampfe gegen die Arbeitslosen-oth zu gewärtigen haben, von dieser Regierung, deren unablässig heftiges Bemühen darauf gerichtet ist, das Brot des Arbeiters schmachvoll zu vertheuern, die aber für das grimmige Elend der Arbeitslosigkeit nichts hat als lächerliche Scheinerhebungen.

„Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ — sagte vor wenigen Jahren Herr von Büttcher vor einer Deputation der rheinischen Großbourgeoisie. Der Herr Oberpräsident und seine Regierung arbeiten auch heute noch wirklich nur für sie!

Bei den Herren bleibt es freilich keine Arbeitslosigkeit. In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ erschien eine längere Abhandlung über die Arbeitslosigkeit in Berlin und sind auch u. A. die Unterstützungen aufgeführt, die im 3. Quartal 1900 und im 3. Quartal 1901 bei den Porzellanarbeitern, die zum Rayon der Pöhlstellen Berlin I, Berlin II, Berlin-Moabit und Charlottenburg gehören, gezahlt wurden. Danach schon allein kann man bemessen, wie die Arbeitslosigkeit grassirt. Es wurden 1900 gezahlt 97,42 Mk., 1901 aber 194,63 Mk. Die zu Berlin II gehörenden auswärtigen Mitglieder sind dabei nicht inbegriffen.

Heute, Montag finden 8 Versammlungen von Arbeitslosen in Berlin statt und eben, wo wir dies schreiben, strömen die Versammlungstheilnehmer dem Saale des Gewerkschaftshauses zu. Wenn die übrigen Versammlungen alle so zahlreich besucht werden wie diese, so dürfte den herrschenden Klassen doch darüber Klarheit werden, daß die Arbeitslosigkeit eine außergewöhnliche ist.

Der neue Zolltarif hat den Bundesrath beschäftigt und dessen Sanction erhalten. Die Tarife für Getreide bleiben demnach so, wie bereits früher mitgetheilt wurde.

Das Zolltarif-Gesetz hat nur unbedeutende Änderungen erfahren. Im Zolltarif-Entwurf sind u. A. folgende Zollsätze erhöht worden: Hopfen von 40 auf 60 Mk., Hopfenmehl von 60 auf 90 Mk. Der gegenwärtige Generaltarif sieht für beide Artikel nur 20 Mk. vor, der geltende Vertragstarif ermäßigt den Zoll auf 14 Mk. Gegen den heutigen Vertragstarif ist mithin der Zoll auf Hopfen mehr als verdreifacht, auf Hopfenmehl mehr als verdoppelt. Diese ungeheuerliche Erhöhung noch über den ursprünglichen Entwurf hinaus bedeutet eine Konzession an das bayerische Centrum, das die Hopfenbauern vertritt.

Gebrannter Kaffee ist von 50 auf 60 Mk. Zoll erhöht worden (bisher 50 Mk.), rohe baumwollene Gewebe der ersten Staffel von 50 auf 60 Mk., leinene Taschentücher der zweiten Staffel von 140 auf 145 Mk., Steinauflöpsche von 30 auf 150 Mk. (I), Meer-Ischaum-Waaren (in Verbindung mit Bernstein) von 200 auf 400 Mk.

Von den gelinden Zollermäßigungen seien genannt: Quebrachholz von 2 auf 1 Mk. (im bestehenden Vertragstarife frei), Reis, polirt zur Herstellung von Stärke von 6 auf 4 Mk. (wie jetzt), Buchdruck-Schwärze von 10 auf 5 Mk., für zugerichteten ungemusterten Baumwollentüll zum Besticken auf Erlaubnisschein von 120 auf 80 Mk. (die amtliche Veröffentlichung gleicht den im ersten Entwurf vorgeschlagenen Satz fälschlich auf 250 statt 120 Mark an). Herabsetzungen haben ferner erfahren rohe Taschentücher der zweiten Staffel, Rantschnuffäden, rohe Polyschuhe, Albums u., Mikroskope, Goldwaaren, rohe Ketten zur Füllen, Schleppschiffahrt, Kupferdruckwalzen, Metallstich.

Zollfrei sollen bleiben u. A.: Blumenwiebeln, die auch heute zollfrei sind (merkt vorgeschlagener

Satz 10 Mk.), andre Treiber als Weintreiber, Kokosfasern, Schleierstoffe.

Endlich sind einige Erleichterungen für Zuchtthiere und im Grenzverkehr von Vieh und Fleisch vorgesehen; Pferde sollten nach dem ersten Entwurf für ein Stück je nach dem Werth von 30 bis 300 Mk. verzollt werden. Der definitive Entwurf fügt folgende Anmerkung hinzu:

„Nach näherer Bestimmung des Bundesraths dürfen Pferde, welche zu Zuchtzwecken vom Staate oder mit staatlicher Genehmigung eingeführt werden, im Alter bis zu zwei Jahren zum Zollsatz von 10 Mk., im Alter von mehr als zwei Jahren zum Zollsatz von 20 Mk. für ein Stück abgelassen werden.“

Die durch bundesrathliche Bestimmung zu verfügende Entlassung von Bullen von Höhenvieh zu Zuchtzwecken zum ermäßigten Zollsatz von 9 Mk. für 1 Stück soll nicht mehr, wie im ersten Entwurf, auf die ersten 6 Jahre der Geltung des Tarifs beschränkt sein; also auch nur für staatlich oder staatlich genehmigte Zuchtzwecke.

Für Bewohner des Grenzbezirks dürfen während der ersten sechs Jahre der Geltung dieses Tarifs nach näherer Bestimmung des Bundesraths Zugochsen im Alter von 2 1/2 bis 5 Jahren zum Zollsatz von 30 Mk. für ein Stück eingelassen werden, sofern sie zum eigenen Wirtschaftsbetriebe nachweislich notwendig sind. — Diese Ermäßigung für den Grenzverkehr und Selbstgebrauch ist immer noch höher als der gegenwärtige Vertragstarif für Ochsen überhaupt, der 25,50 Mk. beträgt.

Endlich ist in neuen Anmerkungen die Bestimmung vorgesehen, daß der Bundesrath befügt sein soll, für bestimmte Grenzstrecken im Fall eines örtlichen Bedürfnisses die zollfreie Einfuhr einzelner Stücke von frischem oder einfach zubereiteten Fleisch in Mengen von mehr als 2 Kilogramm, von Mälererzeugnissen (mit Ausnahme von Reisgries und gewalztem Reis) in Mengen von nicht mehr als 3 Kilogramm und von gewöhnlichem Backwerk in Mengen von nicht mehr als 3 Kilogramm, soweit diese Gegenstände nicht mit der Post eingehen, für Bewohner des Grenzbezirks nachzulassen.

Der Protest des arbeitenden Volkes gegen den Hungerzoll wird nach den nunmehr aus 118 Wahlkreisen mit 1 228 000 Wahlstimmen, rund 2 520 000 Unterschriften aufweisen. Ob diese eindringliche Sprache des Volkes nicht doch seine Wirkung zeitigen wird? Zu wünschen wäre es, doch bestimmt zu hoffen darauf, Angesichts der ganzen Art und Weise, wie man dem Volke auftritt, wäre vielleicht gewagt.

Zum Generalstreik der Flaschenmacher wird im Organ des Glasarbeiterverbandes noch manches geschrieben und zu meist wird, wie bei solchen verunglückten Kämpfen es stets der Fall ist, nach den „Sündenböden“ gesucht. Der Vorstand der Organisation hat natürlich zunächst herzuhalten und es dürfte unsere Leser, die an dem Streik ziemlich lebhaften Antheil genommen haben, interessieren, wie der Vorstand sich hierzu äußert. Der Vorsitzende Gribig schreibt in der letzten Nummer des „Fachscheffens“:

In der vorigen Nummer des „Fachscheffens“ sind die Ausführungen eines Referats des Genossen Wilhelm enthalten. In diesem Referat werden denn doch die Dinge auf den Kopf gestellt. Es heißt, der Kampf begann in Schauenstein, weil die Heyn'schen Arbeiter forderten, mit den Arbeitern der Heyn'schen Werke in Nürnberg gleichgestellt zu werden. Die Forderungen wurden nicht gleich bewilligt, weil die übrigen Heyn'schen Betriebe nicht mit röhren und heraus zieht dann der Genosse

Wilhelm die Konsequenz: hätte der Vorstand auf seinen Vorschlag mehr gehört und seinen Vorschlag zur Geltung gebracht, daß auf allen Geyerschen Werken die Arbeit einzustellen sei, dann hätte Geyer nachgeben müssen. — Sehen wir uns also die Dinge an, wie sie lagen.

Zu Anfang des vorigen Jahres wurde eine riesige Agitation entfaltet und gelang es uns, den größten Theil der in Bezirk Hannover beschäftigten Flaschenmacher in die Organisation zu bringen. Auch in Schauenstein war uns dies gelungen. Im Monat Mai und Juni traten fast alle Kollegen der Organisation bei. Wir hatten dies, um der Wahrheit die Ehre zu geben, dem Einfluß und der Agitation des Genossen Wilhelm zu verdanken. Zugleich begannen nun aber die Fehler des Genossen Wilhelm und diese will ich ihm aufzählen, um in der Weite seines Referats etwas Wasser zu gießen. Die Kollegen von Schauenstein waren kaum 2 Monate in der Organisation und begannen nun Forderungen zu stellen, die schließlich zu der Arbeitseinstellung führten. Nun frage ich den Genossen Wilhelm: wo steht in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ein Fall verzeichnet, wo ein Führer dieser Bewegung, der soeben eine Masse organisiert hat und dieser nun erlaubt, Forderungen zu stellen, die zur Arbeitseinstellung führen und dann mit der soeben organisierten Masse einem so gewaltigen Gegner, wie es Geyer ist, gegenüber tritt? Ein solcher Fall ist meines Wissens nirgends verzeichnet. Im Gegentheil, jeder Agitator wird froh sein, wenn er die Masse organisiert hat und die Organisation, wenn auch nur stillschweigend, geduldet wird. Das hat aber der Genosse Wilhelm nicht beachtet. Ohne irgend sich um unser Streikreglement zu kümmern, ohne den Zentralvorstand von der ganzen Sachlage zu unterrichten, wurden Forderungen gestellt; als dann Maßregelungen von ganz geringem Umfange eintraten, wurde sofort die Kündigung eingereicht. Es sei hier ausdrücklich festgestellt, daß der Zentralvorstand von der ganzen Sache vorher nicht unterrichtet wurde, den Streik also nicht sanktionierte, sondern erst in Kenntnis gesetzt wurde, als die Sache zu spät war. Wir wurden erst in Kenntnis gesetzt, als Geyer bereits 2 Ofen gelöscht hatte und die Hälfte der Schauensteiner Kollegen bereits auf der Straße war. Als ich dann nach Schauenstein gerufen wurde, da war es zu spät und ein Rückwärts gab es nicht mehr. Die Karre war verfahren! Der Genosse Wilhelm spielt seine Karte weiter; er erklärt, eine am 1. August stattgefundene Versammlung in Mienburg beschloß gegen eine Stimme, zu Gunsten der Schauensteiner in den Streik einzutreten. Dagegen ich die Sache dem Genossen Wilhelm schon so oft, auch auf der Generalversammlung, widerlegt habe, geht der Genosse Wilhelm mit diesem Unfuss immer wieder haustren. Die Abstimmung in der Mienburger Versammlung geschah durch einfaches Handhochheben und wurde nur darüber abgestimmt, bei dem Zentralvorstand anzufragen, ob derselbe seine Zustimmung zum eventuellen Streik geben würde. Wäre über den Streik abgestimmt worden, so hätte doch der § 3 des Streikreglements in Anwendung gebracht werden müssen! Die Abstimmung hätte durch Stimmzettel vorgenommen werden müssen! Ich zeige also dem Genossen Wilhelm nochmals, daß es sich nur um eine Anfrage beim Vorstand handelte, daß aber nicht über den Eintritt in den Streik abgestimmt wurde. Der Vorstand prüfte die Sache reiflich, wir ließen uns den langjährigen Vertrauensmann von Mienburg nach Berlin kommen und kamen zu dem Beschluß, den Mienburger Kollegen ist die Einwilligung zum Streik zu verlagern. Ich be-

haupt, hier hat der Zentralvorstand einen Beschluß gefaßt, der der Organisation einzig und allein zum Vortheil gedient hat. Wäre der Vorstand auch später in so konsequenter Weise gegen eine Ausdehnung des Streiks gewesen, niemals hätten wir eine so große Schlappe erleiden können. Doch mit der Konferenz in Hannover gab der Vorstand die Zügel aus den Händen und nun ging es rasendem Tempo bergab. Die Konferenz sanktionierte den Streik in Mienburg. Die Generalversammlung beschloß, später die Sache zu einem Generallstreik auszudehnen (Redaktion des „Fachsgeossen“), falls alle Einigungsversuche erfolglos seien. Im Zentralvorstand wurde nun von den Mitgliedern am meisten zum Generallstreik gedrängt, die Flaschenmacher waren. Eine Majorität hatte sich bereits auch schon hier gefunden. Um aber auch gewissenhaft vorzugehen, beschloß der Vorstand, die Mitglieder zu fragen und es ergab sich ja dann bei der Urabstimmung die Majorität für den Generallstreik, der — das spreche ich hier offen aus — das Werk des Genossen Wilhelm ist. Der Unterzeichnete ist auf der Generalversammlung bis vor Eintritt in den Streik ein scharfer Gegner des Generallstreiks gewesen, mußte sich aber fügen, als die Majorität den Generallstreik beschloß und hat dann beim Streik mit voller Energie für die Streikenden gewirkt. Zum Beweise meiner Gegnerschaft lasse ich einen Brief, den ich noch im Juni an den Vertrauensmann von Mienburg richtete, folgen. Ich wurde von diesem aufgefordert, Schritte zum Generallstreik zu unternehmen und antwortete demselben in folgender Weise:

Stralau, den 21. Juni 1901.

Werther Kollege!

Nach Deiner Mitteilung würden die Unternehmer jede Unterhandlung ablehnen. Seitens des Landraths von Mienburg ist mir jedoch eine andere Antwort geworden. Du schreibst mir, „nun Generallstreik“. Lieber Freund, hast Du denn noch immer die Illusion, daß ein Generallstreik von der deutschen Glasarbeiterchaft ausgeführt werden kann? Wenn Du Dich diesem Gedanken gang hingiebst, so ist das eine Theorie, die sich aber in der praktischen Weise gegenwärtig nicht verwerthen läßt. Ich bitte Dich, befreie Dich vom leeren Wahn.“

Der Brief geht dann im Allgemeinen auf die Undurchführbarkeit dieses Streiks ein. Das Eine steht fest: hätte der Vorstand nicht schon durch die Konferenz in Hannover die Zügel fallen gelassen, so würde der Vorstand nicht weiter den unseligen Beschluß gefaßt haben, durch die Urabstimmung die Zügel weiter fallen zu lassen, um der großen Masse Rechnung zu tragen. Der Leiter der Organisation hätte Alles daran gesetzt, um den Streik zu verhindern.

Wenn aber der Genosse Wilhelm der Leiter der Organisation alle Schuld in die Schuhe schieben will, so rufe ich ihm zu: „Durch Deinen unaussprechlichen Haß gegen Geyer“ — wie mir der Genosse Geyert ganz richtig erklärte — „hast Du die Karre am meisten verfahren und hast uns am meisten etwas ‚vorgekostet‘.“

Wenn Genosse Wilhelm etwa darauf hinausgehen will, die Leitung der Organisation in die Hände zu bekommen, so erkläre ich ihm, daß das eine Funktion von ihm ist, an deren Verwirklichung er nie zu denken braucht. Die deutsche Glasarbeiterchaft wird stets seine in ihren eigenen Reihen haben, die die Leitung des Verbandes übernehmen werden, auch wenn Unterzeichneter nicht mehr das Vertrauen seiner Kollegen besitzen sollte. Die Leitung der Organisation wird nur Deuten übergeben werden.

ble in der Hütte mitgeführt und mitgelitten haben und niemals einem Anderen.

Der Genosse Horn erklärt nun gleichfalls, beim Generallstreik übergangen worden zu sein und glaubt, nun nicht mehr das Vertrauen der deutschen Glasarbeiter zu besitzen. Wir müssen auch Horn erklären, warum er übergangen worden ist. Es geschah nicht aus böser Absicht, sondern Genosse Horn gab doch selbst die Veranlassung. Er erklärte mir brieflich, daß es mit seinem Gesundheitszustand immer mehr bergab geht. Im „Fachsgeossen“ war diese Erklärung enthalten. Die ganze politische Presse, „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, brachte Erklärungen aus der Feder des Genossen Horn, die das Schlimmste beschieden ließen. Es war also gar nicht möglich, daß Genosse Horn zur aufstrebenden Arbeit herangezogen werden konnte. Der damalige Gesundheitszustand unseres „Allen“ erlaubte dies nicht. Wir hoffen also, daß Genosse Horn auch nun ehrlich zugiebt, warum dies nicht geschah. Emil Geyert.

Zur Situation selbst berichtet der Vorstand, daß zur Zeit noch 250 Verheiratete und 80 Ledige zu unterstützen sind. In den beiden letzten Nummern des „Fachsgeossen“ sind folgende Unterstützungsposten von Vorstellern enthalten: Schließle Farge 34,80 Mark, Zählstelle G. ra 13,28 Mark, Zählstelle Emmerich 5,— Mark.

Der Verband der Schneider, Schneiderinnen und Berufsgenossen entwickelt zur Zeit eine rege Agitation unter den Heimen der tern und Arbeiterinnen. Er hat an Zahl derer unseres Verbandes ein Zirkular und Agitationsmaterial versandt und versehen wir nicht, die Verbandsgenossen zu ersuchen, alles zu thun, was in ihren Kräften steht, um der Agitationsarbeit der Schneider den Erfolg zu sichern.

— Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. An Stelle der von manchen Seiten erwarteten Besserung der Beschäftigung im Herbst ist eine erhebliche Verschlechterung eingetreten. Die im Oktober scharf zum Ausdruck gekommen ist. Der Börsenvorstand Berlin ist bereits in Beratungen darüber eingetreten, ob das zusammenschrumpfende Geschäft nicht eine Einschränkung der Vorfertigung angezeigt erscheinen lasse. Der innere Markt ist infolge der zurückgehenden Löhne immer weniger aufnahmefähig geworden, und die Steigerung des Exportes in manchen Waarengруппen ist im Allgemeinen verlustbringend gewesen. Absatz und Aufträge haben daher den Geschäftsgang nicht zu stützen vermocht. Da die Beschäftigung ausbleibt, so war es zahlreichen Fabrikten nicht länger möglich, ihren Arbeiterstand auch über den Winter hinüber zu beschäftigen. Sie ließen neben den Betriebs Einschränkungen nun auch Arbeiterentlassungen eintreten. Selbst die leistungsfähigsten und bestgestellten Betriebe, die bisher von der Krise noch wenig berührt waren, griffen zu diesem Mittel. So hat die Vereinigte Königs- und Laurahütte ihren Arbeitern die Notwendigkeit von starken Entlassungen bekannt gegeben. Der allgemeine Rückgang der Beschäftigten im Oktober geht deutlich aus den Mitgliederlisten der Krankenkassen hervor, die an die Berichterstattung des „Arbeitsmarktes“ angeschlossen sind. Während im Oktober vorigen Jahres eine Zunahme von 1,6 pCt. stattfand, ist dieses Jahr eine Abnahme von 1,2 zu verzeichnen. Der Umstand, daß eine Vermehrung der Arbeitskräfte nicht stattfindet, steigert den Andrang an den Arbeitsnachweiser in der angrenzenden Weise. Im Oktober vorigen Jahres kamen auf 100 offene Stellen 135,3 Stellen suchende, im diesem Oktober dagegen 186,1; d. h. um jede offene Stelle bewarben sich zwei Arbeitssuchende. „Arbeitsmarkt“.

Versammlungsberichte etc.

Stankenhain. Seitens des Ortsvereins ist ein gemeinsames Abend zu veranstalten, indem wir u. a. von Herrn Dr. A. L. L. einen Vortrag über die soziale Frage hören werden. Der Vortrag wird am 29. Oktober um 8 Uhr im Saal des Vereins stattfinden.

Person, welcher selbst Verbandsmittel ist, den Zahlstellen beifügen, indem seine Ausführungen nur allgemeines Lob verdienen. Bei uns ist es natürlich immer so, daß die Mitglieder, welche die Sache erst mit beschließen, dann bei Statistiken derselben durch Abwesenheit glänzen; für solche Handlungsweise der Mitglieder findet man keinen passenden Ausdruck.

Waldsassen. Die am 2. November stattgefundene Versammlung war von 33 Mitgliedern besucht. Betreffs der Mitglieder-Abstimmung wurde allgemein gewünscht, daß die nächste Generalversammlung dazu Stellung nimmt, daß nicht nur 5 Zahlstellen eine Mitglieder-Abstimmung veranlassen können. Es möchte dadurch verhindert werden, daß alle 4 Wochen eine solche für notwendig befunden wird. Die Abstimmung selbst wurde dahin erledigt, daß zur Zeit eine Beitragserhöhung abgelehnt wurde; die nächste Generalversammlung soll hierüber die Entscheidung treffen. Ein neues Mitglied wurde aufgenommen. Die Berichte sowohl von dem Vertrauensmann der Agitationskommission über die Veranlassung in Waldsassen, als jene des Delegierten vom Gewerkschaftsverband in Wunsiedel wurden mit Beifall entgegen genommen. Gewünscht wird, daß nun endlich einmal in der Organisation Ruhe eintreten möchte und Artikel und Berichte, die sowohl gegen den Vorstand, als auch den Genossen Kleinwächter Stellung nehmen, unterbleiben. Es müsse vielmehr dahin gestrebt werden, den Verband durch Einigkeit und Zusammenhalt zu erhalten resp. stets zu fördern. Ein Antrag wird gestellt und angenommen, daß zwecks Zusammenkommens einer brauchbaren Uebersicht über den Durchschnittsverdienst die Kollegen bei jeder Rechnung ihr Lohnbuch dem Vertrauensmann vorlegen. Monist wird, daß so viele Mitglieder immer den Versammlungen fernbleiben und dadurch die Interessen der Organisation verletzen. Gerade hier sei es notwendig, daß Jeder auf dem Posten sei und wird erwartet, daß in der Zukunft ein jedes Mitglied in den Versammlungen, sowie auch in den zur Pflege der Kollegialität arrangierten Gesellschaftsabenden anwesend sein wird. Gewünscht wird ferner, daß sich Arbeitssuchende zunächst bei der Verwaltung der Zahlstelle erkundigen möchten, ehe sie in Arbeit treten. Von den 15 pEt. Mitteln, sollen 10 Mark den arbeitslosen Flaschenmachern zugewandt werden. Beschlossen wird, in Kürze wieder einen Referenten zu einer Versammlung zu bestellen. Mit dem Wunsche, daß die anwesenden Genossen stets und ständig für die Ausbreitung unserer Zahlstelle sorgen, um dadurch ein einiges Ganzes zu erhalten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Waldsassen. Die am 3. November d. Js. im Strobel'schen Gasthause hier selbst tagende Vertrauensmänner-Konferenz des 16. Agitationsbezirktes fand ihre Eröffnung um 12 Uhr Mittags. Genosse Jordan-Argberg begrüßte die erschienenen Delegierten auf das Würdevolle, worauf zur Wahl des Bureaus geschritten wurde. Gewählt wurden die Genossen: A. Jordan-Argberg, Vorsitzender; Heinrich Gumerum-Mitterteich, Schriftführer und Nikolaus Laumann-Wunsiedel zum Beisitzer. Vertreten sind sämtliche Zahlstellen des Bezirktes mit Ausnahme von Bayreuth. Warum die betreffende Zahlstelle nicht vertreten ist, ist unbekannt. Es wäre wünschenswert, wenn die Agitationskommission auch von den dortigen Verhältnissen etwas erfahren würde; hoffentlich gehen wenigstens die zu der Statistik nötigen Unterlagen ein.

1. Punkt: Berichterstattung der Agitationskommission und der Vertrauensmänner.

Erstere besuchte dem Wunsche des Hauptvorstandes gemäß Krummenaab, erkundigte sich über die dortigen Verhältnisse und nahm u. A. Rücksprache mit Herrn Mannl, betrefend Aufhebung des Vorkaufs der Berliner Verbandsmittelglieder. Herr Mannl gab die Erklärung ab, daß er zwar nichts dagegen habe, wenn Arbeiter von ihm dem betreffenden Verbandsangehören, jedoch werde er niemals mehr die Bildung einer Zahlstelle am genannten Orte zugeben. Die Verhältnisse in Krummenaab sind derart, daß Einiges davon wiederzugeben sich verlohnt. Wir wollen nur einige Verdienste anführen: Ein gewisser Prohaska hatte in 12 Arbeitslagen den kolossalen Verdienst von 3 Mark auszuweisen, ferner in 12 weiteren Tagen 12 Mark. Ein Kollege Hartung verdiente in 8 Tagen ganze 12 Pfennige. Ein gewisser Samger erhielt für seine Arbeit in 5 Tagen 1 Mark 40 Pfg. auszuzahlen. Es ist die traurige Tatsache noch anzuführen, daß, um diese „Verdienste“ zu erreichen, noch das „ewige Licht“ brennen mußte. Ein Genosse bestätigt, daß dort bis andern Tags früh 5 Uhr verschiedene Arbeitsspläne beleuchtet gesehen wurden. Es ist diese Handlungsweise der dortigen Arbeiter umso mehr zu beklagen, weil durch die jetzt herrschende Kälte doch mancher arbeitslose Genosse eine Unterkunft in Ar. finden könnte. Dessenwillig befinden sich unter diesen Arbeitern, welche die halbierte, ja fast die ganze Nacht durchschlafen, nicht Verbands-genossen. Es folgen hierauf die Berichte der Delegierten. Dieselben weisen gegen die letzte Konferenz vom 30. Juni d. Js. eine wenn auch nur kleine Besserung auf. Bei einigen Zahlstellen jedoch hat die Mitgliederzahl sich verringert, die Ursache ist nur der herrschenden Kälte zuzuschreiben. 2. Punkt: Anträge.

Weiden: „Jeder Zahlstelle ist ein Exemplar der Agitationsbestimmungen einzuhändigen. Motiv: Die meisten, hauptsächlich die neuen Zahlstellen sind nicht im Besitze derselben, ohne dies wurden seit dem 17. März 1899 die bezügliche Bestimmungen nicht mehr erlassen, resp. veröffentlicht.“ — Tirschenreuth: „Der Hauptvorstand wird aufgefordert, diejenigen Zahlstellen, welche die Extrabeiträge nicht ganz oder theilweise eingezahlt haben, zu veröffentlichen.“ 3. Punkt: Verschiedenes. Es folgt eine Diskussion über Agitation, an welcher sich sämtliche Delegierten betheiligen. Der Beschluß der letzten Konferenz vom 30. Juni betreffs Abhaltung öffentlicher Versammlungen soll beachtet werden, weil derartige Versammlungen das beste Mittel sind, um neue Mitglieder zu gewinnen und lässige Mitglieder zur Erkenntnis zu bringen, um sie der Organisation zu erhalten. Zum Schluß fordert der Vorsitzende sämtliche Vertrauensmänner auf, in ihren Zahlstellen für die Organisation mit allen Kräften zu wirken und erklärt um 4 Uhr 35 Minuten die Konferenz für geschlossen. Die nächste Konferenz hat laut Beschluß der heutigen in Weiden stattzufinden.

Briefkasten.

Lugert, Oberkotzau. Sie haben sich an die falsche Adresse gewandt. Ich kann Ihnen zu Ihrer Unterstützung nicht verhelfen. Wenden Sie sich bitte an Ihre Zahlstellenverwaltung. — Magdeburger. Bis jetzt habe ich vom September noch kein Exemplar der „Mittheilungen“ bekommen; die vorigen waren auch nur gepumpt. Hoffentlich wird sich doch aber noch eine liebe Seele finden, die unser durch Übersendung der „Mittheilungen“ gedenkt. — Oberhausen. Na, wenn das so weiter geht, dann dürfte es recht bald zu einem vergrößerten allgemeinen Verbrüderungsfest kommen. Ich sollte dann ebenfalls meinen Pegasus und reite zu Euch. Einstweilen beste Grüße und — Profit!

Sterbetafel.

Weisswasser. Ernst Schieber, alias Krause, Porzellanreher, geb. 25. März 1867 zu Wunsiedelburg, gest. 5. November im Krankenhause zu Rieky an Dungenleiden. Krankheitsdauer 4 Wochen. Mitglied des Verbandes seit 1889, des Beihilfefonds seit 1890.

Ehre seinem Andenken.

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung, Dienstag, 26. November, Abends präcise 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Argberg. Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 2 1/2 Uhr im Vereinslokal. Neuwahl findet statt. Pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Berlin II. Sonnabend, 23. November, Abends 8 1/2 Uhr bei Wollschläger, Adalbertstraße 21. 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Kollegen Tobias über: „Deutsche Dichtungen im 19. Jahrhundert.“ 3. Verschiedenes.

Färstenberg a. O. Sonnabend, 23. November, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Mitterteich. Sonntag, 24. November, Nachmittags 1 Uhr im Vereinslokal „Bayrischer Hof“. Einlassiren der Beiträge. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

Mürnberg. Sonnabend, den 30. November im Felsacker. Bibliotheksbücher sind unbedingt mitzubringen.

Pforzheim. Mittwoch, 27. November Zahlstellenversammlung „Im goldenen Löwen“.

Regensburg. Sonnabend, 30. November im Vereinslokal.

Reichenbach. Sonnabend, 23. November, Abends 8 Uhr im Pfaffen'schen Lokale. Die Mitglieder werden gebeten, ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen.

Wunsiedel. Sonnabend, 23. November, Abends 8 Uhr im Vereinslokal S. Reemeter. Erscheinen aller Mitglieder wird gewünscht.

Anzeigen.

Gotha. Sonnabend, den 23. November, Abends 8 Uhr im Restaurant „Zur Erholung“

Öffentliche Versammlung der Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen. Tagesordnung: 1. Die Krise im Wirtschaftsleben und in der Berufsorganisation. Referent: Georg Wollmann-Argdorf. 2. Diskussion. Der Einberufer.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Appen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Mäpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.



Reelle schnelle Bed. Otto Seifert, Zwickau/S., Marienstr. 31-33

Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.

Reelle und pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte. Aachtestes Geschäft dieser Art.

Goldschmiedere

Goldhaltige Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Otto Hamann, Neustadt i. Sachsen.

Goldschmiedere

Goldhaltige Appen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadtilm, Thür.

Pforzheim. Sonnabend, den 23. November feiert die hiesige Zahlstelle ihr

7. Stiftungs-Fest

im Gewerkschaftshaus „Zum goldenen Löwen“. Vortrag von Gesangsstücken, Theateraufführung und darauf folgenden Tanz. Die Verwaltung.

Waldsassen. Sonntag, den 24. November, Nachmittags 3 Uhr

Öffentliche

Porzellanarbeiter-Versammlung

bei Johann Strobl. Tagesordnung: 1. Zwisch und Nutzen der Organisation. Referent: G. Laumann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die umliegenden Zahlstellen werden höflich eingeladen. Zahlreiches Erscheinen wird gewünscht. Der Einberufer.

Porzellanarbeiter Blankenhains!

Sonntag, den 24. November, Nachmittags 1 1/2 Uhr im Vereinslokal

Ankündendliche

Zahlstellen-Versammlung.

Vortrag des Genossen Wollmann-Argdorf über die Krise im Wirtschaftsleben und in der Berufsorganisation. Es ist eines jeden Mitgliedes Pflicht in der Versammlung zu erscheinen. Die Verwaltung.

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger, solider, junger, militärfreier Mann, der in allen in der

Dreherei, Formerei u. Gießerei

vorkommenden Arbeiten, auf Maschinen wie Fußbetriebsschleifen, vollkommen eingearbeitet ist, sucht, gestützt auf beste Zeugnisse, in Porzellan- oder Steingutfabrik baldigst Stellung. Offerten erbeten unter O. J. 8 an die Redaktion dieses Blattes.

Ein erfahrener Drucker,

hauptsächlich in Stahlplattendruck bewandert, wünscht baldigst dauernde Stellung, selbiger war stets thätig auf Porzellan- und Emaille-druckereien. Offerten unter C. K. an die Redaktion des Blattes.

Gemutgegeben vom Verbands der Porzellan- u. verwandten Arbeiter. — Berantw. Redakteur: Richard Seifert, Markt 80, Engelstr. 15 II. Druck und Verlag: Otto Goerle, Charlottenburg, Wallstr. 69.